Die Linke.-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den Oberbürgermeister
Herrn Torsten Burmester

An den Vorsitzenden
des Mobilitätsausschusses
Herrn Lino Hammer

Fraktion
im Rat der Stadt Köln

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 22.09.2026

AN/1523/2026

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Mobilitätsausschuss	22.09.2026

Änderungsanstrag zur baulichen Umsetzung der Geestemünder Straße in Köln-Niehl

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Hammer,

wir bitten Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 22.09.2026 zu setzen:

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss bittet die Verwaltung, die Vorlage wie folgt zu ändern:

Im Rahmen einer Grundlagenermittlung wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Dimension der Planungen noch zeitgemäß ist. Dafür sind die für 2009 erwarteten Verkehrszahlen mit den heutigen Erwartungen abzugleichen. Hierbei sind die Annahmen transparent darzulegen.
Insbesondere ist zu prüfen, ob im Abschnitt zwischen der Franz-Greiß-Straße und der Industriestraße der Ausbau von drei auf fünf Spuren notwendig ist. Dabei soll der Fokus auf die Vermeidung der Flächenversiegelung und Sicherung des Baumbestands liegen.

Folgende Möglichkeiten zur Reduzierung der Bauzeit und Baukosten sind zusätzlich zu prüfen und deren Wirkung darzulegen:

- Verzicht auf den geplanten Kreisverkehr auf der Neusser Landstraße
- Reine Sanierung ohne neue kostspielige Baumaßnahmen (wie z. B. Schaffung zusätzlicher PKW-Parkplätze), insbesondere im Abschnitt zwischen Industriestraße und Emdener Straße (Bauabschnitt 2)
- Vier- statt fünfspurigem Ausbau im Abschnitt zwischen der Franz-Greiß-Straße und der Industriestraße
- Schaffung einer Direktverbindung von der Johann-Maria-Farina-Straße zum HGK-Gelände

- Verbreiteter Geh- und Radweg nur auf der Südseite der Geestemünder Straße, Erhalt der Grünfläche auf der Nordseite

Die Absage der HGK, sich an den Kosten der Maßnahme zu beteiligen, mit der Begründung, dass „die HGK kein direkter Anlieger an der Geestmünder Straße ist“ ist zwingend neu zu verhandeln, da das „Fusion Cologne“-Projekt der HGK den wesentlichen Grund für die hier geplanten Baumaßnahmen darstellt.

Die pauschale Einstufung als „positiv für den Klimaschutz“ wird abgelehnt und durch eine echte CO_2-Bilanzierung ersetzt. Zudem wird eine Stellungnahme des Umweltamts erbeten.

Das Ergebnis der o. g. Prüfpunkte und der Neuverhandlung mit der HGK ist dem Mobilitätsausschuss, dem Finanzausschuss und der Bezirksvertretung Nippes erneut vorzulegen.

Begründung:

Die Notwendigkeit der Fahrbahnsanierung und der LSA-Erneuerung in der Geestemünder Straße steht außer Frage. Jedoch stellt sich angesichts der inzwischen 10 und fast 20 Jahre alten Beschlüsse die Frage nach der Zeitgemäßheit der Planung angesichts der Klimakrise und des aktuellen Haushaltsdefizits. Insbesondere sind hier zu nennen:

- **Flächeninanspruchnahme & Versiegelung:** Der Ausbau vergrößert die versiegelte Fläche massiv. Dies verstärkt den Urban-Heat-Island-Effekt und verschlechtert das Schwammstadt-Potenzial bei Starkregen
- **Eingriffe in den Grünbestand:** Trotz Neupflanzung von 19 Bäumen im Mittelstreifen werden 6 Altbäume und ein ganzer Gehölzstreifen gerodet. Junge Bäume benötigen Jahrzehnte, um die ökologische Ausgleichsleistung (Schatten, CO_2-Bindung, Verdunstung) alter Bestände zu ersetzen
- **Verteilungsgerechtigkeit im Haushalt:** Hohe Summen für den Straßenbau binden finanzielle Spielräume, die an anderer Stelle – etwa beim Ausbau des ÖPNV, bei sozialen Treffpunkten oder Grünelementen in Wohnvierteln – fehlen
- **Kostenverteilung und Verursacherprinzip:** Mit rund 18 Mio. € fließen erhebliche kommunale Mittel in die Anpassung an den Schwerlastverkehr. Obwohl das Gewerbegebiet und insb. die HGK profitierten, leistet die HGK keinen Kostenbeitrag. Dies führt zu einer Vergesellschaftung der Kosten mitten in einer Haushaltskrise
- **Induzierter Mehrverkehr statt Verkehrswende:** Der Ausbau auf bis zu fünf Fahrspuren setzt Fehlanreize. Der Ausbau der Kapazitäten führt erfahrungsgemäß zu mehr (Schwerlast-)Verkehr (*Induced Demand*), was den Gesamtausstoß von Treibhausgasen und Feinstaub erhöht. Der Bedarf für einen solchen Ausbau ist aus der Vorlage nicht direkt ableitbar. Zwar ist der Kontext mit dem Projekt „Fusion Cologne“ bekannt, doch es fehlt die Angabe von aktuellen Verkehrszählungen
- **Greenwashing in der Vorlage:** Die Behauptung der Verwaltung, eine „effizientere Verkehrsabwicklung“ senke den Treibhausgasausstoß und sei ein „positiver Beitrag zum Klimaschutz“, ist fachlich unhaltbar. Sie widerspricht den Zielen der Kölner Klimaneutralität bis 2035

Mit freundlichen Grüßen,

gez.
Günter Bell
LINKE-Fraktionsgeschäftsführer